

Ostdeutschland | 29.08.2024 | Lesezeit 2 Min.

Wie Unternehmer zur AfD stehen

Im Vorfeld der Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern wird Unternehmen vorgeworfen, sie würden sich nicht deutlich genug von der AfD distanzieren. Eine IW-Befragung zeigt, dass diese pauschale Anschuldigung so nicht haltbar ist.

Ob Reinhold Würth (Würth-Gruppe), Oliver Blume (VW) oder Stefan Traeger (Jenoptik): Viele Unternehmer, Vorstände und Geschäftsführer erheben ihre Stimme gegen die AfD - in West- wie in Ostdeutschland. Aber handelt es sich hierbei um Einzelfälle oder stehen sie vielmehr für einen breiten Konsens in der Unternehmerschaft?

Nicht mal jedes zwanzigste Unternehmen lässt sich als eindeutiger Unterstützer der AfD charakterisieren - in Ost- wie in Westdeutschland.

Tatsächlich geben sie die mehrheitlich kritische Einschätzung der Firmenlenker gegenüber der AfD wider, wie das Institut der deutschen Wirtschaft herausgefunden hat (Grafik):

Der Anteil der deutschen Unternehmerschaft, der im Erstarren der AfD

politisch und ökonomisch ein Risiko sehen, überwiegt die Wahrnehmung etwaiger Chancen um ein Vielfaches.

Unternehmerische Perspektive auf die AfD: Risikowahrnehmung dominiert

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland sehen in einem langfristigen Erstarken der AfD diese Risiken beziehungsweise Chancen

Risiken	Westdeutschland	Ostdeutschland
für den Bestand der EU und des Euros	79,3	58,7
für eine konstruktive politische Kultur	77,6	55,6
für die Bildung handlungsfähiger Regierungen	76,0	53,7
für die Fachkräftesicherung	74,7	58,5
für den Bestand von Freihandelsabkommen	72,3	54,6
für den Wirtschaftsstandort	71,1	53,4
für Investitionsentscheidungen	69,8	53,6
für die Transformationspolitik	69,4	47,0
für den Zusammenhalt in den Belegschaften	65,8	44,8
Chancen	Westdeutschland	Ostdeutschland
für den Bestand der EU und des Euros	3,1	5,2
für eine konstruktive politische Kultur	6,1	9,3
für die Bildung handlungsfähiger Regierungen	6,9	15,2
für die Fachkräftesicherung	6,1	11,3
für den Bestand von Freihandelsabkommen	5,0	9,3
für den Wirtschaftsstandort	7,2	13,2
für Investitionsentscheidungen	7,8	13,2
für die Transformationspolitik	6,6	10,9
für den Zusammenhalt in den Belegschaften	6,4	10,3

Befragung von 925 Geschäftsführern, Vorständen und Leitern der Strategieabteilungen von Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen im März und April 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Das gilt insbesondere hinsichtlich der EU und des Euros: Rund 79 Prozent der

Unternehmer im Westen und annähernd 59 Prozent derjenigen im Osten fürchten durch das Erstarken der AfD um den Staatenverbund und die Gemeinschaftswährung.

Allerdings ist die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland mit 20 Prozentpunkten beträchtlich. Dieser Abstand zwischen Ost und West findet sich zudem nicht nur bei diesem Thema, sondern bei allen abgefragten: Durchweg werden die Risiken des AfD-Erstarkens in ostdeutschen Unternehmen um 16 bis 22 Prozentpunkte niedriger eingeschätzt als in westdeutschen.

Im Osten sind viele Unternehmer unentschieden

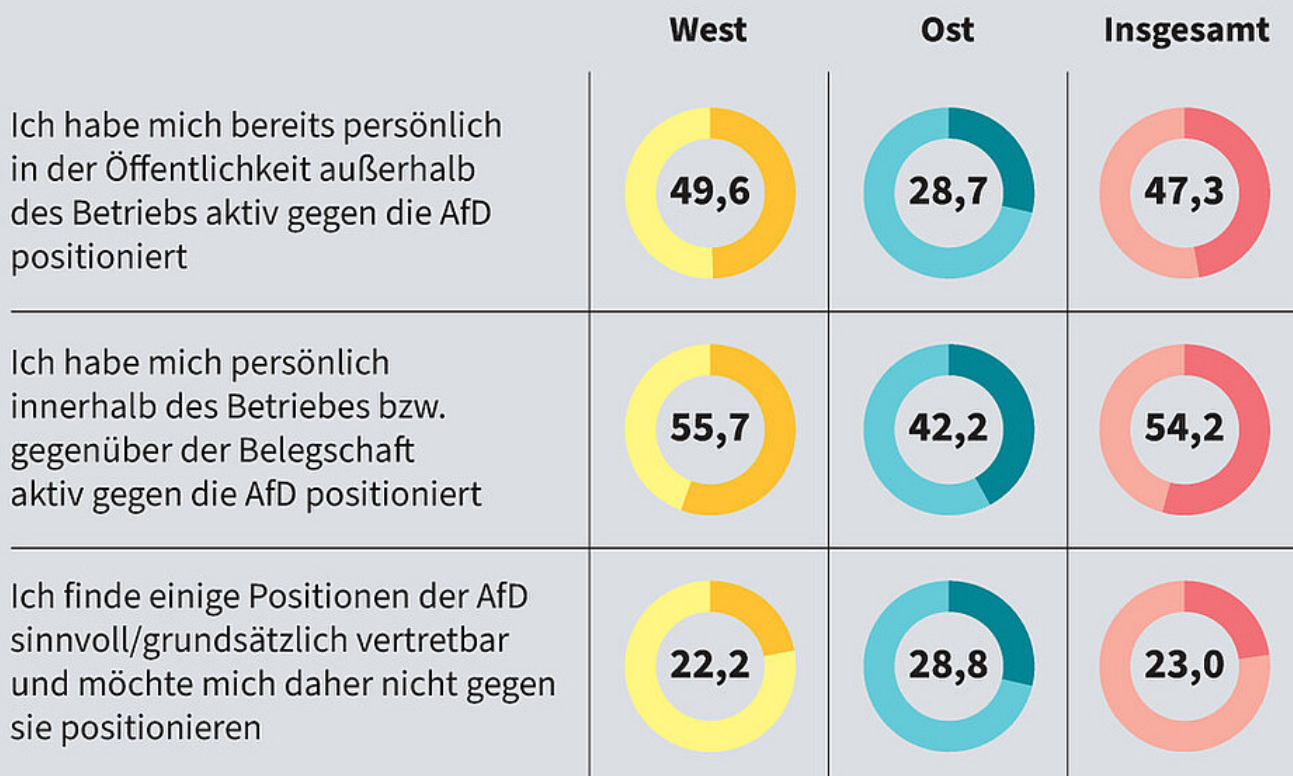
Und was ist mit dem Rest? Wer mit der AfD keine Risiken verbindet, ist nicht automatisch AfD-Sympathisant. Zwar sehen 13 Prozent der Unternehmensrepräsentanten in Ostdeutschland in einer starken AfD durchaus Chancen für ökonomische Fragestellungen. Gerade in Ostdeutschland gibt eine deutlich größere Gruppe „teils-teils“ an. Aus den qualitativen Antworten der Unternehmer lässt sich nicht mal jedes zwanzigste Unternehmen als eindeutiger Unterstützer der Partei charakterisieren – in Ost- wie in Westdeutschland.

Etwas nicht gut zu finden, heißt allerdings nicht, sich explizit dagegen auszusprechen (Grafik):

In Westdeutschland gibt die Hälfte der Unternehmenschefs an, sich persönlich aktiv in der Öffentlichkeit gegen die AfD positioniert zu haben, in Ostdeutschland tut dies nur knapp ein Drittel.

Unternehmerisches Engagement gegen die AfD: Im Westen stärker ausgeprägt

So viel Prozent der Unternehmer nehmen diese Haltung gegenüber der AfD ein



Befragung von 925 Geschäftsführern, Vorständen und Leitern der Strategieabteilungen von Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen im März und April 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Befragt nach den Gründen für diese Zurückhaltung, geben die Unternehmer bundesweit als Hauptgrund an, sie seien nicht in der Pflicht, politische Debatten zu führen – sie berufen sich auf die politische Neutralität als Kennzeichen ihrer Unternehmenskultur.

Die ostdeutschen Firmenchefs betonen außerdem, dass sie die etablierten Parteien als zu wenig kompetent einschätzen und verdrossen sind über deren aktuelle Wirtschaftspolitik. Die westdeutschen Firmenlenker verweisen dagegen häufiger darauf, dass eine Demokratie eine Partei wie die AfD aushalten müsse.

Die Sorge, dass eine Positionierung gegen die AfD zu einem Absatzrückgang oder zum Abbruch von Geschäftsbeziehungen führen könnte, wird übrigens sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland kaum artikuliert.

Kernaussagen in Kürze:

- Die Mehrheit der Unternehmer steht der AfD kritisch gegenüber.
- Nicht mal jedes zwanzigste Unternehmen lässt sich als eindeutiger Unterstützer der Partei charakterisieren - in Ost- wie in Westdeutschland.
- In Westdeutschland gibt die Hälfte der Unternehmenschefs an, sich persönlich aktiv in der Öffentlichkeit gegen die AfD positioniert zu haben, in Ostdeutschland tut dies nur knapp ein Drittel.